

Föderales Staatsgebilde ist mit heterogenen Konzernen vergleichbar Staat braucht Servicearchitektur

Serviceorientierte Architekturen (SOA) sind für das E-Government unabdingbar: Denn wie die Unternehmen muss auch die öffentliche Hand ihre IT-Landschaft modernisieren und die Prozesse anpassen. Das unterstreicht eine Podiumsdiskussion auf dem Business Innovation Forum der Software AG.

Nicht nur in Unternehmen, auch in der staatlichen Verwaltung stellen sich ändernde regulatorische Anforderungen höhere Ansprüche an die Flexibilität der IT-Architektur. Dazu gehört aktuell vor allem die EU-Dienstleistungsrichtlinie, deren Vorgaben Deutschland bis Ende 2009 umsetzen muss. „Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist richtig schwer“, gibt Brigitte Zypries zu. Dafür lässt die Bundesjustizministerin bis Ende des Jahres ein Normen-Screening durchführen, bei dem alle Gesetze durchforstet werden. „Für die EU-Dienstleistungsrichtlinie müssen wir unsere ganzen Prozesse verändern“.

Zudem arbeitet die Bundesregierung im Aktionsplan Deutschland-Online am One Stop Government – also der Abwicklung verschiedener Behördenangelegenheiten über eine einzige Stelle, so Zypries. Nach Ansicht von Dataport-Chef Matthias Kammer kann dieses ehrgeizige Ziel am effizientesten mit einer SOA realisiert werden: „Es wäre irre, für jede neue staatliche Aufgabe die ganze bestehende IT herauszureißen und zu ersetzen.“

Kammer spricht aus Erfahrung, denn Dataport – als Anstalt des öffentlichen Rechts im Jahr 2003 gegründet – übernimmt zentrale IT-Aufgaben der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen sowie der Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern. Solche länderübergreifenden Kooperationen sind aber leider noch die Ausnahme. „In Deutschland reden beim Thema E-Government rund 14 000 Entscheider mit“, so Kammer. Und die Rollenaufteilung zwischen diesen vielen Akteuren könne nicht nur auf freiwilliger Basis erfolgen.



Foto: Marc Fippel

Justizministerin Zypries muss für die EU-Dienstleistungsrichtlinie alle Prozesse anpassen. Software-AG-Boss Streibich rät ihr daher zur Serviceorientierung in der IT.

Zypries strebt deshalb eine Grundgesetzänderung an, um alle staatlichen Ebenen – vor allem aber Bund und Länder – zu einer E-Government-Kooperation über föderale Grenzen und Zuständigkeiten hinweg zu zwingen. Verglichen mit der Situation vor zehn Jahren, wo es zu Beginn der Regierung Schröder noch Rohrpost im alten Bundeskanzleramt in Bonn gegeben habe, sei Deutschland in Sachen E-Government trotz aller Defizite aber schon ein gutes Stück vorangekommen, so Zypries.

Dennoch verweist Software AG-Chef Karl-Heinz Streibich darauf, dass Deutschland weltweit erst auf dem 13. E-Government-Platz sei. SOA böte die Chance, diese Position zu verbessern: „Denn unsere föderalen staatlichen Strukturen sind durchaus mit denen eines heterogenen Großkonzerns vergleichbar.“ Deshalb sei das SOA-Konzept für den Staat genauso perfekt geeignet wie für die Wirtschaft, die ihre gewachsene IT-Landschaft schließlich auch nicht einfach über Bord werfen könne, sondern via SOA schrittweise modernisieren müsse.

Detlev Spierling

Anforderungen der Fachabteilungen müssen sorgfältig beachtet werden SOA in den Köpfen etablieren

Bei einer SOA-Implementierung müssen alle Prozessschritte und Anforderungen der Fachabteilungen sorgfältig beachtet werden. Dabei seien auch Veränderungen im Denken aller Beteiligten nötig.

Mit SOA stehen wir vor einem grundlegenden IT-Paradigmenwechsel, wie er nur alle zwei bis drei Jahrzehnte passiert“, ist Software AG Chef Karl-Heinz Streibich überzeugt. Erste Erfahrungen mit SOA-Implementierungen haben bereits T-Systems, DHL, Europäische Zentralbank, Uniqua, oder T-Mobile gesammelt.

Ein SOA-Erfolg setzt jedoch voraus, dass bei der SOA-Implementierung alle Prozessschritte und Anforderungen der Fachabteilungen sorgfältig beachtet und umgesetzt werden, verdeutlicht das Business Innovation Forum der Software AG. Dabei seien auch Veränderungen im Kopf aller Beteiligten nötig, betont Olaf Herbig von T-Systems Enterprise Services.

SOA sei weit aus mehr als Technik, lautet

seine Erkenntnis aus dem Projekt, das mit einer über zweijährigen Laufzeit im ersten Quartal 2008 erfolgreich in Deutschland umgesetzt wurde. Den unternehmensweiten Rollout seiner serviceorientierten Architektur will die Geschäftskundensparte der Deutschen Telekom bis Ende September 2008 abschließen.

Laut Herbig gehe es vor allem um die Beantwortung grundsätzlicher Fragen wie: „Wer schreibt die Services?“, oder „Wer schreibt die SOA-Governance?“ Die Bedeutung der SOA-Governance unterstreicht eine Umfrage der Software AG unter 176

Großunternehmen: Die breite Mehrheit der Befragten betrachtet Governance als wesentlichen Teil einer nachhaltigen SOA-Implementierung.

70 Prozent halten Governance in jeder Phase des Lebenszyklus – bei Design, Produktion und Änderung – für wichtig. Mehr als die Hälfte findet, die Governance sollte noch vor Erstellung des ersten Service eingeführt werden. Allerdings: Obwohl diese große Bedeutung gesehen wird, bezeichnen knapp zwei Drittel der Teilnehmer ihre SOA-Governance als nicht vorhanden oder unzureichend.

Als eine Best Practice zeichnet sich in der Studie die Einrichtung eines Kompetenzzentrums ab, das abteilungsübergreifend für die Unterstützung von SOA-Projekten wirbt. Über-

raschenderweise scheint das IT-Topmanagement in solchen Gremien kaum vertreten zu sein: Der CIO nimmt bei nicht einmal 20 Prozent am SOA-Lenkungsausschuss teil.

Zunächst aber muss sich das IT-Management darüber Gedanken machen, wie es das SOA-Konzept seinem Topmanagement nahe bringt, berichtet Herbig. „Um von dieser Technologie zu überzeugen, haben wir beständig neue und kreative Ideen entwickelt. Doch letztendlich wird man immer wieder mit quasi unlösbaren Hausaufgaben zurück in die Organisation geschickt“

Detlev Spierling

Governance noch vor erstem Service nötig